



Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz

51. Sitzung (nicht öffentlich)

28. Oktober 1999

Kreishaus - Minden-Lübbecke

10.00 Uhr bis 12.15 Uhr

Vorsitz: Heinrich Kruse (CDU)

Stenographin: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

- 1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2000 (Haushaltsgesetz 2000)**

2

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 12/4200

Vorlagen 12/2834, 12/2836 und 12/2931

Einzelplan 10 - Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft

Der Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz erläutert mit Staatssekretär Dr. Griese (Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft) Fragen zum Haushaltsentwurf. Beschlüsse werden noch nicht gefaßt.

2 **Zweites Gesetz zur Modernisierung von Regierung und Verwaltung in Nordrhein-Westfalen (Zweites Modernisierungsgesetz - 2. ModernG NRW)**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 12/4320
Vorlage 12/2940

12

- Aussprache.

3 **Fehlschlag beim gentechnisch-veränderten Impfstoff gegen Schweinepest**

14

Vorlage 12/2992

Der Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz nimmt den Bericht der Landesregierung - Vorlage 12/2992 - entgegen.

4 **Belastung und Abhängigkeit der Landwirtschaft durch rechtlich umstrittene Nachbaugebühren**

14

An den Bericht von Staatssekretär Dr. Griese (MURL) schließt sich eine Aussprache an.

5 **Leistungen des Programms für ökologische und nachhaltige Wasserwirtschaft für den Ländlichen Raum**

18

Vorlage 12/2997

Der Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz nimmt den schriftlichen Bericht der Landesregierung - Vorlage 12/2997 - entgegen.

| | | |
|----------|--|-----------|
| 6 | Position Nordrhein-Westfalens im Bundesrat zu den einzelnen, die Landwirtschaft betreffenden Vorschlägen des Sparpakets der Bundesregierung | 18 |
|----------|--|-----------|

- Kontroverse Diskussion.

71.000 ha würden landwirtschaftlich genutzt, und zwar von 4.300 Betrieben. Strukturell zeichne sich ein gravierender Veränderungsprozeß ab.

Zum Forst: 5.400 ha verteilen sich auf 500 Forstbetriebe. Die Forstbetriebsgemeinschaften seien demnach dominierend. Hier wirke auch stark das Amt für Agrarordnung. Die Projektförderung müsse natürlich auch im Kreis Minden in gleicher Weise wie anders im Lande erfolgen. Minden habe ein Haushaltssicherungskonzept. Große Probleme bestünden im Klinikbereich mit den 3.600 Beschäftigten und einem Umsatz von 370 Millionen DM jährlich, einer Bettenzahl von 1.700 und einem Schuldenberg von 30 Millionen DM. Man hoffe, daß das in den nächsten drei Jahren konsolidiert werden könne. Hinzu komme noch ein Klinik in Oeynhausen mit 700 Beschäftigten und 380 Betten. Dieser Bereich sei die größte Herausforderung für den gesamten Kreistag. Er hoffe, daß es mit allen Kräften gelinge, einen ausgeglichenen Haushalt hinzubekommen, weil ansonsten die medizinischen Hochleistungsangebote als auch die Arbeitsplätze nicht gehalten werden könnten. Im übrigen arbeite man als Lehrkrankenhaus mit der Universität Bochum zusammen.

Der Mühlenkreis zeichne sich durch die Mühlen aus, aber auch durch die Storchenstraße, außerdem liege er an der Burgenstraße. Schlösser und Burgen finde man viele an der Weser. Der große Radwanderweg von Bremen nach Italien führe an der Weser entlang. Es lohne sich wirklich, hier zu radeln.

Auch wolle er nicht vergessen, den Heimatdichter Wilhelm Busch zu nennen, der ruhig öfter zitiert werden sollte, wenn es einmal zu trocken im Ausschuß werde.

Zu guter Letzt wolle er auf das weltbekannte Herzzentrum in Bad Oeynhausen verweisen, in dem vor wenigen Tagen das erste künstliche Herz operiert worden sei.

Vorsitzender Heinrich Kruse bedankt sich für die freundliche Begrüßung. In freundlichen Worten habe Herr Krömer den Kreis Minden-Lübbecke vorgestellt. Er sei sicher, daß der Ausschuß neben der Tagesordnung einiges zu sehen bekomme, was im wahrsten Sinne des Wortes lehrreich sei.

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2000 (Haushaltsgesetz 2000)

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 12/4200

Vorlagen 12/2834, 12/2836 und 12/2931

Einzelplan 10 - Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft

Friedrich Schepsmeier (SPD) kommt auf die Gemeinschaftsaufgabe zu sprechen. Er habe der Presse entnommen, daß der PLANAK über die Verteilung der 1,7 Milliarden DM gesprochen habe. Er frage, ob das, was für Nordrhein-Westfalen vorgesehen sei, mit den Ansätzen im

Haushaltsplan übereinstimme. Die interne Gewichtung werde, falls es Veränderungen geben sollte, beispielsweise für die Flurbereinigung oder für die Dorferneuerung ausschlaggebend sein.

Nach seinem Eindruck ist die Flurbereinigung auskömmlich ausgestattet, während es bei der Dorferneuerung Probleme geben wird. Zu der Initiative "Dorf 2000" zählten auch das Dorf Frille oder das Dorf Stockhausen. Man habe Probleme mit der Finanzierung der begonnenen Projekte. Nun frage er, inwieweit dieser Haushalt da Abhilfe schaffe, eventuell sei die Veränderung von Haushaltspositionen notwendig. Das Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport habe für Stockhausen 1 Million DM zugesagt. Die Mittel des MURL ständen noch in Frage. Er bitte um Stellungnahme.

Staatssekretär Dr. Griese (Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft) führt aus, er wolle zunächst über die Ergebnisse der PLANAK-Sitzung und sodann über die mutmaßlichen Auswirkungen auf den Landeshaushalt berichten. Die PLANAK-Sitzung habe am 1. Oktober in Berlin stattgefunden. Zum einen sei es um die Fortschreibung, Erweiterung und Verbesserung der Fördergrundsätze gegangen, zum anderen um die Frage, welchen Anteil die Länder bekämen und wie hoch die Gemeinschaftsausgabe insgesamt ausgestaltet sein werde.

Nordrhein-Westfalen habe sich seit vielen Jahren für Verbesserungen bei den Fördergrundsätzen eingesetzt. Er wolle ein Beispiel nennen, und zwar das Förderprogramm "Regionale Vermarktung", in dem regionale Verarbeitungs- und Vermarktungsmaßnahmen allein durch Landesgeld gefördert worden seien. Eines der Projekte, die sich gut entwickelt hätten, sei die regionale Vermarktung im Mühlenkreis. Das Projekt sei zukunftsweisend.

Seit Jahren habe sich das Land bemüht, die Förderung regionaler Vermarktung auch in die Gemeinschaftsaufgabe mit aufzunehmen. Nun sei das nach vier Jahren gelungen. Des weiteren habe sich NRW bemüht, auch Vertragsnaturschutzelemente in die Fördergrundsätze mit aufzunehmen. Auch das sei gelungen. Als Beispiel wolle er die Streifenstillegung, insbesondere an Gewässerufeln nennen, die für Umweltschutzzwecke als Vertragsnaturschutzmaßnahme bisher immer allein finanziert worden sei. Die regionale Vermarktung sei im übrigen mit der Stimme des Bundes und 15 Länderstimmen aufgenommen worden. Das einzige Land, das dagegen gestimmt habe, sei Bayern gewesen.

Auch im Forstbereich sei ein Sprung nach vorne gelungen. Das Land habe die Holzabsatzförderrichtlinie erlassen, in der die Verarbeitung und Vermarktung von Holz insbesondere für energetische Zwecke unter Förderung gestellt worden sei. Bisher habe das Land das alleine bezahlt. Auch da habe NRW den Antrag gestellt, zumindest Teile dieser Förderung in den Fördergrundsatz der Gemeinschaftsaufgabe aufzunehmen. Auch das sei gelungen. Inhaltlich könne das Land mit den Erweiterungen, die sich hätten erzielen lassen, sehr zufrieden sein.

Hinsichtlich der finanziellen Situation sehe es wie folgt aus: Auf der PLANAK-Sitzung habe Minister Funke gesagt, daß er davon ausgehe, daß im Jahr 2000 und im Jahr 2001 NRW die 1,7 Milliarden DM bekommen werde. Freilich das erst endgültig, wenn der Haushalt verabschiedet und das Geld zugewiesen worden sei.

Klar sei, daß NRW bei der Anmeldung von dem günstigsten Fall ausgegangen sei, der darin bestanden hätte, daß die Gemeinschaftsaufgabe nicht bei 1,7 Milliarden DM geblieben, sondern noch aufgestockt worden wäre. Selbst wenn es jetzt bei den 1,7 Milliarden DM bleibe, werde Nordrhein-Westfalen 12 Millionen DM mehr Mittel insgesamt zur Verfügung stellen können, weil der Anteil steige. Das beruhe auf den Verhandlungsergebnissen, wonach der Anteil der ostdeutschen Länder nach und nach auf Normalmaß zurückgeführt werde. Die Gemeinschaftsaufgabe habe ja über lange Zeit eine Besserstellung der neuen Länder zugrunde gelegt. Das werde nach und nach zurückgedreht. Ein Ergebnis laute, daß NRW 12 Millionen DM intern mehr ausgeben könne. Auch das sei eine erfreuliche Perspektive.

Die endgültige Mittelzuweisung könne aber erst dann erfolgen, wenn der Bundeshaushalt verabschiedet worden und das Geld dem Land zugewiesen sei. Von daher tue er sich im Moment schwer, Förderzusagen für das nächste Jahr zu machen.

Bei der Prioritätensetzung sei er aber sicher, daß klare Priorität auf die Dorferneuerung gelegt werde und daß im Zweifelsfall bei der Flurbereinigung, wo es ohnehin einen geringeren Bedarf gebe, eine nachrangige Priorität gesetzt werde. Daß die Flurbereinigung nicht mehr im Fordergrund stehe, habe natürlich auch einen agrarstrukturellen Hintergrund. Nordrhein-Westfalen habe zur Zeit einen höheren Anteil an Pachtflächen als in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten. Von daher nütze das Instrument Flurbereinigung nicht mehr so viel wie in der Vergangenheit. Flächen könnten ja immer wieder anders verpachtet werden, so daß sich auch aus dem Zusammenhang heraus erkläre, daß die Prioritäten auf Dorferneuerung und ländliche Entwicklung gesetzt würden.

Silke Mackenthun (GRÜNE) wünscht sich für das Projekt "Dorf 2000" eine Lösung, so daß am Ende der Verhandlungen auch das Geld zur Verfügung stehe. Beim IBA-Emscherpark sei es auch geschafft worden, Projekte zu verwirklichen. Es gehe nicht darum, insgesamt mehr Geld zu bekommen, sondern darum, daß die Abwicklung besser gehandelt werde.

Im Forstbereich sollten die kw-Stellen nicht verwirklicht werden, wenn genügend Privatwaldflächen für die Betreuung akquiriert werden könnten. Das sei letztlich nicht nur eine rechnerische Frage, sondern eine Frage, welche Zukunft die Forstverwaltung habe, ob man zusammen mit den Privaten eine gemeinsame Betreuung schaffe. Es wäre schade, wenn die kw-Vermerke, die im Haushalt 2000 vorgesehen seien, ab dem Jahr 2000 realisiert würden. Im Haushaltsentwurf der Kammer Westfalen-Lippe sei das nicht nachvollzogen worden. Sie bitte das Ministerium, darauf hinzuwirken, daß in dem Punkt eine andere Entscheidung im Kabinett gefällt werde. Ansonsten sollte sich der Ausschuß dafür einsetzen, daß die kw-Vermerke bei den 24 Stellen im Forstbereich wegfielen.

Staatssekretär Dr. Griese (MURL) entschuldigt zunächst die Ministerin, die an der Umweltministerkonferenz in Augsburg teilnehme.

Zu "Dorf 2000": Er sei mit den Einzelheiten nicht vertraut, wolle dem aber nachgehen.

Es habe einen Auftrag an die LÖBF/LAfAO gegeben, entsprechend tätig zu werden. Mit vorbereitenden Arbeiten habe man begonnen. Verschiedene Sitzungen hätten bereits stattgefunden. Er wolle der Förderfrage noch einmal nachgehen.

Bezüglich der kw-Stellen im Forstbereich im gehobenen Dienst gebe es eine lange Diskussion. Der Finanzminister habe angekündigt, daß es für den Haushalt 2000 noch eine Ergänzungsvorlage geben werde. Das Umweltministerium habe als Antrag eingebracht, daß die kw-Stellung dieser 14 Stellen nicht ausgesprochen werde. Er glaube, daß die Argumentation, daß wegen der Akquisitionsleistung, die die Forstverwaltung erbracht habe - freie Waldbesitzer seien unter die Betreuung der Staatlichen Forstverwaltung gekommen - im Gegenzug auf eine kw-Stellung verzichtet werden müsse. Die Beratungen mit den anderen Ressorts, insbesondere dem Finanzminister, fänden statt.

Die Ergänzungsvorlage werde in den nächsten Wochen kommen, im Kabinett beraten und dann den Landtag zugeleitet.

Eckhard Uhlenberg (CDU) macht darauf aufmerksam, daß es vor Ort große Probleme gebe, die Programme entsprechend umzusetzen, weil die Bewilligungsbescheide im September herausgeschickt worden seien, die Ämter für Agrarordnung auch unter Druck stünden, da die Abrechnungen bis zum 5. November vorliegen müßten. Nun gebe es dadurch Luft, daß die Rechnungen auch 14 Tage später eingereicht werden könnten. Nur sei das bei den Maßnahmen im Rahmen der Dorferneuerung, bei denen es sich nicht um Neubaumaßnahmen handle, die innerhalb von wenigen Tagen abgewickelt werden könnten, in diesem Jahr besonders problematisch.

Er bedauere, daß die Bewilligungsbescheide so spät zugeschickt worden seien. Das könne in vielen Fällen dazu führen, daß Gelder nicht abgerufen werden könnten. Inwieweit die Maßnahmen auf das nächste Jahr übertragen werden könnten, müsse im Einzelfall geprüft werden. Der ursprüngliche Planansatz habe 1,8 Millionen DM bei der Gemeinschaftsaufgabe betragen. Nun sei dies auf 1,7 Milliarden DM auf Bundesebene zurückgeführt worden. Jetzt komme auf die Gemeinschaftsaufgabe einiges zu.

Vor dem Hintergrund der dramatischen Kürzungen im Agrarhaushalt durch die Bundesregierung - Stichwort: Agrarsozialpolitik - werde nach Alternativen gesucht. Von den landwirtschaftlichen Berufsverbänden werde überlegt, inwieweit die GA zugunsten der Agrarsozialpolitik und zugunsten der diese Beihilfe angezapft werden könne. Angeblich gebe es Gespräche mit der Regierung, in dem Bereich einiges zu verändern. Nun müsse man abwarten, was im Rahmen der GA noch zur Verfügung stehe.

Die Gemeinschaftsaufgabe werde jedes Jahr mit zusätzlichen Förderprogrammen belastet. Er wolle den Bereich Umnutzung bisheriger landwirtschaftlicher Gebäude ansprechen. Diese Fördermaßnahme sei schon im vorigen Jahr aufgenommen worden. Die Länder setzten nun was ihren jeweiligen Anteil angehe, eigene Prioritäten. Er bitte den Staatssekretär, schriftlich mitzuteilen, wo die Regierung die einzelnen Schwerpunkte setze. Für die CDU-Fraktion spiele die Dorferneuerung eine große Rolle.

Vor dem Hintergrund der immensen Sparmaßnahmen durch die Bundesregierung dürfe der Agraranteil der GA nicht zu kurz kommen. Es gehe um die Frage der Wettbewerbsfähigkeit der nordrhein-westfälischen Landwirtschaft in den nächsten Jahren. Für den eigentlichen Agrarteil müßten genügend Gelder zur Verfügung stehen.

Er begrüße es, daß die Mittel für die neuen Bundesländer von 42 % auf 33 % im Jahre 2002 reduziert worden seien. Jedes Jahr würden die Mittel um 3 % zurückgeführt. Das sei auch eine natürliche Entwicklung vor dem Hintergrund der Investitionen, die in den vergangenen Jahren schon geleistet worden seien.

Staatssekretär Dr. Griese (MURL) stimmt der Aussage zu, daß die Mittelzuteilung in diesem Jahr sehr spät erfolgt sei, was damit zu tun habe, daß das Geld von der Bundesebene erst sehr spät zugewiesen worden sei. Das Land habe an einem Freitagnachmittag die Zuweisung aus Bonn bekommen und habe die Mittel direkt weitergegeben, so daß die Bewilligungsbehörden die Mittel am darauffolgenden Montag in der Hand gehabt hätten. Das sei am letzten August-Wochenende gewesen. Aufgrund dieser Situation sei es schwierig. Nach den bisherigen Rückmeldungen gehe er davon aus, daß die Gelder weitgehend verausgabt werden könnten.

Auf die Nachfrage des **Eckhard Uhlenberg (CDU)**, ob es Überlegungen gebe, die Fristen von Anfang November auf Anfang Dezember zu verschieben, antwortet **Staatssekretär Dr. Griese (MURL)**, darüber werde nachgedacht. Das Ministerium lasse sich alle zwei Monate über den Mittelabfluß und über mögliche Schwierigkeiten beim Mittelabfluß berichten, um auf jeden Fall sicherzustellen, daß der Abfluß erfolge.

Was die Schwerpunktsetzung im nächsten Jahr angehe, so werde der Ausschuß darüber gerne informiert. Die Prioritätensetzung werde allerdings erst dann vorgenommen, wenn das Geld aus Bonn da sei, wenn also der Haushalt verabschiedet und das Geld zugewiesen worden sei. Er hoffe, daß das möglichst früh zu Beginn des Jahres 2000 sein werde. Dann werde er gerne berichten.

Nun forderten insbesondere die Bauernverbände, daß, wenn schon gespart werden müsse, die Investitionsförderung abgeschafft werden solle und statt dessen das Geld für die Ausgleichszulage und für die Dieselölbeihilfe verwendet werde. Es sei richtig, daß darüber noch Gespräche stattfänden. Bundeslandwirtschaftsminister Funke habe auf der PLANAK-Sitzung gesagt, daß dies nicht für die Jahre 2000 und 2001 eine Rolle spielen werde, allerdings für die Jahre 2002 und 2003. Zumindest für die nächsten beiden Jahre könne man von einer Stabilität bei der Gemeinschaftsausgabe ausgehen.

Zu den Ausgleichszulagen: NRW sei das erste Bundesland, das ab dem nächsten Jahr entsprechend dem der EU vorgelegten Förderplan Ausgleichszulagen in FFH- und Vogelschutzgebieten für umweltspezifische Nachteile zahlen werde. Das Genehmigungsverfahren in Brüssel laufe zur Zeit. NRW habe den Antrag gestellt, das mit in die Gemeinschaftsaufgabe mit aufzunehmen. Das habe sicherlich nicht in einem ersten Schritt erfolgen können. Es sei aber erfolgreich, daß es zumindest gelungen sei, daß sich alle Länder mit dem Bund darauf

verständnis hätten, diese Thematik, die NRW als Pionierleistung in einer Arbeitsgruppe mache, zu vertiefen und mit dem Ziel anzugehen, diesen Ausgleich für die FFH- und Vogelschutzgebiete in die GA aufzunehmen. Er rechne damit, daß es auf Dauer dazu komme und daß der Ausgleich auch in anderen Bundesländern erfolgen könne.

Das halte er nur für sinnvoll, wenn auch die Mittel der Gemeinschaftsaufgabe entsprechend angehoben würden, erwidert **Eckhard Uhlenberg (CDU)**. Wenn es ein geordnetes Verfahren über die Gemeinschaftsaufgabe gebe, könne man sich darüber unterhalten. Wenn die Ausgleichszahlungen für den Naturschutz allerdings in Konkurrenz zu den Maßnahmen der Dorferneuerung und der einzelbetrieblichen Investitionsförderung stünden, wäre das sehr schlecht. Ausgleichszahlungen im Sinne des Naturschutzes seien eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe für die Leistungen, die die Landwirtschaft für die Gemeinschaft bringe. Das sollte man nicht noch aus dem schmalen Etat finanzieren, der in dem Bereich der Gemeinschaftsaufgabe zur Verfügung stehe.

Irmgard Schmid (Kierspe) (SPD) hält fest, niemand werde bestreiten, daß die Haushaltskonsolidierung des Bundeshaushaltes notwendig sei. Daß das Auswirkungen auf vielen Ebenen habe, sei klar. Die Landwirtschaft stehe noch in Verhandlungen. Nun müsse man sehen, wie die Feinjustierung aussehen werde.

Bezüglich der kw-Vermerke im gehobenen Dienst in der Forstwirtschaft erkundige sie sich nach der Altersstruktur der Bediensteten. Kw-Vermerke seien dann sinnvoll, wenn sie auch greifen könnten. Die SPD-Fraktion vertrete seit langem die Auffassung, daß die Vermerke wegfallen sollten.

Letztlich frage sie, wann die abschließende Beratung über den Haushalt im Ausschuß stattfinde.

Friedrich Schepsmeier (SPD) setzt sich dafür ein, daß bei der Dorferneuerung alles getan werde, damit die Mittel früher bereitstünden, um entsprechend arbeiten zu können.

Herr Uhlenberg habe die Umnutzung ländlicher Bausubstanz angesprochen. Das sei nicht nur eine finanzielle Frage, sondern auch eine rechtliche. An der Stelle werde eng mit dem Ministerium für Bauen und Wohnen zusammengearbeitet. In Minden-Lübbecke spiele das eine große Rolle. Auch innerhalb der Konzepte "Pro ländlicher Raum" sei das ein wesentlicher Punkt.

Bezüglich der Gemeinschaftsaufgabe sei die Belastung der neuen Bundesländer angesprochen worden. Ihn interessiere, ob der Anteil Bayerns immer noch sehr viel höher liege als der von Nordrhein-Westfalen und, wenn ja, worauf das zurückzuführen sei.

Zu "Dorf 2000": Vor einer Woche hätten sich sieben betroffene Dörfer in Stockhausen getroffen und darüber geklagt, daß gut angelaufene Projekte, die teilfinanziert seien, an der Restfinanzierung scheiterten. Er würde sich wünsche, daß entweder durch die Ergänzungsvorlage oder durch Beschlußfassung sichergestellt werde, daß die angelaufenen Projekte auch

im Haushalt 2000 ihren Anteil aus dem MURL bekämen. Ob das nun die geforderten 2 Millionen sein müßten oder weniger, könne er nicht beurteilen. Es wäre gut, wenn der Ausschuß in Frille einen gemeinsamen Beschluß fassen würde.

Vorsitzender Heinrich Kruse äußert sich zum Thema Umnutzung landwirtschaftlicher Gebäude. Dazu habe es vor einigen Wochen im Landtag ein überfraktionelles Gespräch von Interessenten mit dem Petitionsausschuß gegeben. Es sei vereinbart worden, daß er als Vorsitzender des federführenden Ausschusses den Vorsitzenden und die Sprecher des Petitionsausschusses und des Bauausschusses einlade. Die Probleme lägen wohl nicht im Umweltministerium, sondern eher im zuständigen Bauministerium des Landes. Das Thema müsse einer Lösung zugeführt werden. Es gehe auch nicht an, daß im Petitionsausschuß ständig Einzelfallentscheidungen getroffen werden müßten. An einer generellen Lösung werde gearbeitet.

Clemens Pick (CDU) ist darüber erfreut, daß in Richtung Wegfall der kw-Vermerke Bewegung zu verzeichnen sei. In den letzten Jahren habe das bei den Haushaltsberatungen noch ganz anders ausgesehen.

Zum Bereich Landesforstverwaltung: Seit Jahren gehe es in der Diskussion um die ADV, die Einführung der neuen Systeme. Er frage, ob die Zusagen, die in den vergangenen Jahren gegeben worden seien, nachdem die forstlichen Erfolgsrechnungen und die übrigen ADV-Programme nicht zum 01.01.1999 hätten eingeführt werden können, daß die Systeme zum 01.01.2000 eingeführt würden, eingehalten werden könnten oder ob es zu Verzögerungen komme. In dem Bereich seien höhere Haushaltsansätze festzustellen.

Zum Durchschnittsalter der Förster des gehobenen Dienstes teilt **Staatssekretär Dr. Griese (MURL)** mit, in der Tat handele es sich überwiegend um junge bzw. jüngere Leute, so daß die Festschreibung von kw-Vermerken im Moment ohnehin keine realen Einsparungen ergebe.

Bei der Beratung des letzten Haushaltes habe man erreichen können, daß die kw-Stellung zunächst einmal geschoben worden sei. Daran könne man sehen, daß das MURL dieses Anliegen erfolgreich vorangebracht habe. Die Argumente seien auf fruchtbaren Boden gefallen.

Was eine mögliche Besserstellung Bayerns angehe, so könne man sich nicht alle Dinge gleichzeitig vornehmen. Das primäre Anliegen NRW sei es gewesen, zunächst einmal die Besserstellung der neuen Bundesländer, die jetzt nicht mehr gerechtfertigt sei, zurückzuführen. Es müsse sich aber auch im Verhältnis der Westländer untereinander auf Dauer etwas tun.

Dies sei bei der Verteilung der Mittel, die die EU für die zweite Säule der AGENDA 2000, für die Förderung des ländlichen Raumes zur Verfügung stelle, gelungen. Ursprünglich habe der Bund vorgeschlagen, diese Mittel nach altem Schlüssel zu verteilen, was wiederum eine

erhebliche Besserstellung Bayerns, übrigens auch Baden-Württembergs und ein sehr schlechtes Abschneiden insbesondere der norddeutschen Länder bedeutet hätte.

Ministerin Höhn habe sich nachdrücklich engagiert. Das Bundeslandwirtschaftsministerium habe darauf reagiert. Jetzt sei es zumindest zu einer deutlichen Richtungsverschiebung zugunsten der nord- und westdeutschen Länder gekommen - und damit auch zugunsten von Nordrhein-Westfalen. Man arbeite daran, komme auch Stück für Stück voran. Es sei nun einmal nicht einfach, von festgeschraubten Privilegien herunterzukommen. In der Vergangenheit, in den letzten 12, 15 Jahren, seien die süddeutschen Länder sehr gut bedient worden. Das müsse Stück für Stück geändert werden.

Zur EDV-Ausstattung: Vor einiger Zeit habe er im Forstamt Mönchengladbach einen Testlauf verfolgen können. Die Ergebnisse seien sehr ermutigend.

Natürlich gebe es wie bei jedem EDV-Projekt Schwierigkeiten und Änderungen. Das gelte natürlich auch für die Software. Er habe sich überzeugen können, daß die angeschaffte Hardware vielfältig genutzt werde - nicht nur für die forstliche Erfolgsrechnung und FAGUS sondern auch für die elektronische Kartenerfassung, die Bürokommunikation oder die Erstellung von Materialien etc.

Zur Entwicklungsgeschwindigkeit der EDV könne er aus seinem privaten Umfeld berichten. Er habe sich vor eineinhalb Jahren einen Computer gekauft, der jetzt gräßlich unmodern und veraltet sei, dafür aber zweimal soviel gekostet habe wie ein Computer mit besserer Qualität, den man heute bekommen könne. Diese Entwicklung habe man im EDV-Bereich immer. Nachdem, was er in dem Testforstamt gesehen habe, gehe er allerdings davon aus, daß man fristgerecht vorankommen werde.

Irmgard Schmid (Kierspe) (SPD) bemerkt, vor zwei drei Jahren hätten nicht alle Länder die Mittel aus der Gemeinschaftsaufgabe kofinanziert. Sie frage, wie das im Jahre 1999 ausgesehen habe und wie sich das möglicherweise im Jahre 2000 entwickele.

Es gebe keine offizielle Übersicht oder Abfrage, erwidert **Staatssekretär Dr. Griese (MURL)**. Es habe aber einige Länder gegeben, die am Rande deutlich gemacht hätten, daß sie nicht beziehungsweise nicht vollständig in der Lage wären, die Kofinanzierung sicherzustellen.

In NRW sei die Kofinanzierung immer in den Haushalt eingestellt worden. Sie werde auch im nächsten Jahr eingestellt. Die Anmeldung sei so beschaffen, daß auch im günstigsten Fall, wenn es also mehr GA-Mittel gegeben hätte, die Kofinanzierung sichergestellt worden wäre.

Restbeträge seien auch von Nordrhein-Westfalen nach Bonn zurückgegangen, betont **Eckhard Uhlenberg (CDU)**. Schon vor der Amtszeit der jetzigen Regierung habe die CDU-Fraktion immer die Meinung vertreten, daß an diesem System gerüttelt werden müsse. Nordrhein-Westfalen als dritt wichtigstes Agrarland vom Umsatz her - nach Niedersachsen und Bayern - nehme bei der Vergabe der Mittel aus der Gemeinschaftsaufgabe nur Platz 6, 7 oder 8 ein.

Aus grundsätzlichen Erwägungen, im Interesse der Landwirtschaft und des ländlichen Raumes müsse dies in den nächsten Jahren geändert werden.

Hinzu komme, daß andere Bundesländer, insbesondere Bayern neben den Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe immense Landesmittel einstellten, um die Landwirtschaft und den ländlichen Raum zu fördern. Ministerpräsident Stoiber habe in einem Artikel der "FAZ" vom 21. September zugesagt, Bayern werde noch in diesem Jahr die Fördermittel für Investitionen in der Landwirtschaft von 92 Millionen DM auf 132 Millionen DM erhöhen und im nächsten Jahr noch einmal einen einmaligen Betrag Fördermittel von 50 Millionen DM zur Verfügung stellen, damit die Investitionen alle getätigt werden könnten.

Neben der Gemeinschaftsaufgabe leisteten Bayern und andere Länder, die auch Komplementärmittel zur Verfügung stellen müßten, etwa im Bereich der Dorferneuerung mit reinem Landesgeld sehr viel, um die Struktur des ländlichen Raumes zu erhalten. Das sei in den Ländern auch besonders notwendig, weil dort der Strukturwandel nicht so stattgefunden und die Landwirtschaft erhebliche Probleme habe.

Clemens Pick (CDU) hält fest, die derzeitige Marktsituation für Holz sei gut. Die gegenwärtigen Preise habe man in den letzten Jahren nicht gehabt. Demgegenüber sanken die Einnahmen im Ansatz für das Jahr 2000. Die Ausgaben erhöhten sich. Die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben in der Landesforstverwaltung gehe weiter auseinander. Er frage, womit das zu begründen sei.

Irmgard Schmid (Kierspe) (SPD) verweist darauf, daß in Bayern und in Nordrhein-Westfalen ganz unterschiedliche agrarische Voraussetzungen vorlägen. Bayern sei eher ein touristisches Land. Wenn von daher in den ländlichen Raum mehr Gelder flössen, stehe das auch in Zusammenhang mit der Wirtschaftsförderung. Der Tourismus habe dort einen viel höheren Stellenwert. Der Strukturwandel habe dort nicht so stattgefunden wie in NRW.

Staatssekretär Dr. Griese (MURL) gibt an, natürlich habe er auch von den Ankündigungen der bayrischen Regierung gehört. Man müsse abwarten, was daraus in finanzieller Hinsicht, aber auch bezüglich der Genehmigung bei der EU werde.

Zu dem Anteil Bayerns: Bayern habe nun einmal ein Drittel der Bäuerinnen und Bauern in der Bundesrepublik und sei benachteiligtes Gebiet. Die Verteilung müsse trotzdem fair sein. Genauso wie für die Ostdeutschen Fairneß aufgebracht worden sei, habe man immer deutlich gesagt, daß diese Fairneß Grenzen haben müsse. Eine überproportionale Förderung auf Dauer könne man nicht akzeptieren.

Was die Kofinanzierung betreffe, so habe Nordrhein-Westfalen diese immer sichergestellt. Eine Minderheit von Ländern zahle nur die Ost-West-Zahlungen für benachteiligte Gebiete, zukünftig auch für FFH- und Vogelschutzgebiete. Auch wenn aus NRW Gelder zurückgegeben worden seien, weil manche Investitionen nicht rechtzeitig fertig geworden wären, seien die Gelder immer verausgabt worden und nicht verfallen.

Zum Bereich Forst: Die Einnahmen lägen in einem Block fest, während die Ausgaben auf der anderen Seite eine gewisse Dynamik hätten. Die Einnahmen speisten sich zu einem erheblichen Teil aus der Entgelteordnung, also aus den Dienstleistungen, die erbracht würden. Die Sätze seien festgelegt. Sie enthielten einen gewissen Subventionierungsgrad. Die Personalausgaben stiegen durch die jährlichen Lohn- und Gehaltsanpassungen. Von daher sei es nicht überraschend, daß sich die Schere so darstelle. Natürlich sei NRW bemüht, die momentan günstige Vermarktungssituation zu nutzen. Die Subventionierung, die in der Entgelteordnung erbracht werde, werde so ein Stück ausgeglichen. Er gehe allerdings nicht davon aus, daß die Schere dadurch geschlossen werden könne. Das sei in dem System, das aus guten Gründen beschlossen worden sei, so angelegt.

In der Entgelteordnung stünden höhere Sätze als vorher, hält **Clemens Pick (CDU)** fest. Folglich könnten keine geringeren Einnahmen daraus entstehen. Man werde auch höhere Einnahmen über Holzverkäufe bei den staatlichen Betrieben erreichen. Wenn der Ansatz aus dem Jahre 98 von 75 Millionen auf nun 64 Millionen DM sinke, dann sei das widersprüchlich. Eigentlich müßten die Einnahmen doch steigen, oder es müsse andere Einflußfaktoren bei den Einnahmen geben, die dazu führten, daß man weniger Einnahmen habe. Gegenüber 1999 würden im Ansatz weniger Einnahmen von 11 Millionen DM gerechnet.

Staatssekretär Dr. Griese (MURL) weist darauf hin, daß die Entgelteordnung einen erheblichen Subventionierungsanteil enthalte. Er sei auch nicht sicher, daß es zu Gebührenmehreinnahmen kommen werde.

Je mehr es gelinge, Leute in die Betreuung hineinzubekommen, um damit von den Vorteilen der Entgelteordnung Gebrauch zu machen, desto größer sei auch der Subventionsbedarf. Er wolle der Frage im einzelnen nachgehen und dazu eine Auskunft geben.

Die Frage von **Clemens Pick (CDU)**, ob sich durch die neue Entgelteordnung Forstbetriebsgemeinschaften bzw. Betriebe aus der Betreuung zurückgezogen hätten, verneint **Staatssekretär Dr. Griese (MURL)**. Nach seinen Einzelbeobachtungen sei es so, daß selbst Kommunen dazu übergegangen seien, ihre Waldgebiete, die über der 800-ha-Grenze lägen, aufzuteilen, um unter das günstige Dach der Entgelteordnung zu kommen. Ihm sei kein Fall bekannt, wonach jemand die Entgelteordnung zum Anlaß genommen hätte, aus der Betreuung herauszugehen. Gerade für den privaten Waldbesitz werde eine große Leistung erbracht. Sie werde aus wohlerwogenen Gründen erbracht. Alle Beteiligten, insbesondere die Nutznießer, sollten sich dieser großen staatlichen Leistung bewußt sein.